



Freie und Hansestadt Hamburg

Behörde für Inneres und Sport

Behörde für Inneres und Sport, Johanniskwall 4, 20095 Hamburg

An den
Eingabendienst der Bürgerschaft

Staatsrat
Thomas Schuster
Johanniskwall 4
20095 Hamburg

Hamburg, 07.08.2024

Stellungnahme zur Eingabe 508/2024

Petent: Jörg Mitzlaff, Am Friedrichshain 34, 10407 Berlin

Anliegen: Verwahrung von St. Georg, Zusammenschluss von Eltern

Die Petenten, nach eigenen Angaben ein Zusammenschluss von Eltern aus St. Georg, die seit vielen Jahren im Stadtteil wohnen, führen mit ihrer Eingabe Beschwerde über den zunehmenden Wandel im Stadtteil und den deutlich erkennbaren Verfall sowie die Verwahrung. Die Petenten fühlen sich allein gelassen und sie fordern Lösungsperspektiven von den Behörden. Sie sprechen sich allerdings gegen eine Verdrängung aus.

Die Behörde für Inneres und Sport (BIS) nimmt unter Beteiligung der Sozialbehörde und dem Bezirksamt Hamburg-Mitte wie folgt Stellung:

Die Polizei und insbesondere das zuständige Polizeikommissariat 11 nehmen die Schilderungen über die Zustände im Stadtteil, insbesondere das bedrohliche Auftreten von Suchtkranken und Randgruppen, sehr ernst. Es ist das Anliegen der Polizei, dass sich alle Bürgerinnen und Bürger sowie Besuchende in der Freien und Hansestadt Hamburg sicher und willkommen fühlen. Der Stadtteil St. Georg mit dem stark frequentierten *Hamburger Hauptbahnhof* weist eine enorme Besucherzahl auf. Dies stellt eine *große Herausforderung dar*, insbesondere im Hinblick auf die Sicherheit und Sauberkeit.

Die Petition ist der BIS bereits im Herbst 2023 bekannt geworden. Am 29. November 2023 hat ein zweistündiger Austausch mit der Elterninitiative stattgefunden, an der u. a. Senator Grote, Polizeipräsident Falk Schnabel, der stellvertretende Leiter der Schutzpolizei, Timo Zill, und der Leiter des PK 11, Herr Jörg Bliese, teilgenommen haben. In dem Termin wurden die unterschiedlichen Anliegen der Petenten dargelegt und aus unterschiedlichen Perspektiven erörtert. Möglichkeiten und Grenzen behördlichen Handelns wurden dargestellt und Lösungswege aufgezeigt. Der Austausch wurde durch die Vertreter der BIS als sehr konstruktiv empfunden. Durch das PK 11 wurde der Kontakt nachgehalten.

Die in der Eingabe benannten Artikel und Beiträge unterschiedlicher Medien stammen ausnahmslos aus dem Jahr 2023. Seitdem sind eine ganze Reihe von Maßnahmen durch die Behörde für Inneres und Sport im Zusammenwirken mit der Sozialbehörde, dem Bezirk Hamburg-Mitte, der Stadtreinigung sowie anderen Einrichtungen und Institutionen getroffen worden, um die Situation für die Anwohnenden aber auch für die Menschen in prekären Lebenslagen zu verbessern.

Die Situation im Stadtteil ist der Polizei bewusst und es werden fortwährend Maßnahmen ergriffen, um die Lage weiter zu verbessern. Im engen Austausch mit anderen Behörden, sozialen Einrichtungen, Anwohnervereinen, Bürgervereinen und Interessengemeinschaften wird versucht nicht nur kurzfristige, sondern auch nachhaltige Lösungen zu finden. Dazu gehören sowohl verstärkte Präsenz von Sicherheitskräften als auch soziale Hilfsangebote für Menschen in Not.

Die Elterninitiative, die die Eingabe gestartet hat, ist dem Bezirksamt Hamburg-Mitte aus dem Jahr 2023 bekannt, nachdem aufgrund eines Hinweises einer Kirchengemeinde Kontakt zu dieser Gruppe aufgenommen wurde. Das Bezirksamt Hamburg-Mitte ist bereits verstärkt im Einsatz, um die unerlaubte Sondernutzung der öffentlichen Wege, zum Beispiel durch Gewerbetreibende oder die Errichtung von dauerhaften Lagerstätten von obdachlosen Menschen, zu unterbinden.

Die bezirkliche Straßensozialarbeit ist regulär zwei Mal pro Woche aktiv, darunter sowohl im Umfeld des Hauptbahnhofs u.a. auf dem Hansplatz, Steindamm oder der Langen Reihe, als auch im näheren Umfeld St. Georgs. Neben Kontaktaufbau und Beratung steht dabei auch die Vermittlung von umliegenden Hilfsangeboten im Vordergrund. Die bezirkliche Koordinierungsstelle Obdachlosigkeit vermittelt bei unterschiedlichen Interessenlagen auch zwischen Anwohnenden, Gewerbetreibenden sowie den Institutionen mit Hilfsangeboten und bietet Unterstützung an. Die Bedarfe an Hilfsangeboten und Maßnahmen werden von den zuständigen Fachbehörden und dem Bezirksamt Hamburg-Mitte stetig evaluiert. Als Reaktion darauf wurden von der Sozialbehörde bereits umfassende Maßnahmen für obdachlose und suchterkrankte Menschen ergriffen bzw. befinden sich diese aktuell in der Planung. Dazu gehören beispielsweise weitere Beratungs- oder Übernachtungsangebote oder verbesserte Zugänge zu medizinischer Versorgung.

Dies geschieht im Einklang mit den bereits getroffenen Maßnahmen zur Erhöhung der **Sicherheit und öffentlichen Ordnung.** Der Stadtteil St. Georg zählt zweifellos zu den **Gebieten, die im Rahmen dieser Maßnahmen fest im Blick behalten werden.**

Die Eingabe des Elternzusammenschlusses nimmt das Bezirksamt Hamburg-Mitte erneut zum Anlass, mit den dort tätigen Einrichtungen in den weiteren Austausch zu gehen und besonders betroffene Flächen (z. B. Spielplätze) auch anlassbezogen durch die Straßensozialarbeit vermehrt aufzusuchen.